

Europäisches Parlament

Andreas Maurer

Die Europawahlen, die anschließende Neukonstituierung der parlamentarischen Organe und Gremien und das mit dem Europäischen Rat gemeinsam zu gestaltende Verfahren der Ernennung einer neuen Europäischen Kommission prägten die Arbeit des Europäischen Parlaments seit Mitte des Jahres 2018. Ähnlich wie im Vorfeld der Europawahl 2014 stand dabei zweierlei im Vordergrund: Erstens die Erwartung, dass es einer weiter gewachsenen Gruppe europaskeptischer, populistischer und rechtsextremer Parteien gelingen werde, die in der Finanz-, Wirtschafts- und Migrationskrise entstandene Kluft zwischen den UnionsbürgerInnen einerseits und den EU-Organen, den Regierungen und den in den Parlamenten vertretenen etablierten Parteien andererseits für sich auszunutzen. Und zweitens der bereits 2014 und 2015 mit Nachdruck und letztlich auch gegen die Regierungen der Mitgliedstaaten erfolgreich durchgesetzte Wunsch der Europaabgeordneten, dass Investiturverfahren der Europäischen Kommission explizit und für die WählerInnen erkennbar an den Ausgang der Europawahlen zu knüpfen. Die meisten der europäischen Parteien verständigten sich daher erneut auf Kandidaten für das Amt des künftigen Präsidenten der Europäischen Kommission, um so durch die personelle Zuspitzung des Europawahlkampfes eine Auseinandersetzung über die parteipolitischen Trennlinien zu befördern.

Wahlkampagnen und Wahl

Entscheidende Bedingung für die Realisierung eines stärker politisierten Wahlkampfes wäre neben der Nominierung transeuropäischer Spitzenkandidaten die, insbesondere für die WahlbürgerInnen sichtbare, explizite Zurücknahme des nationalen Wahlkampfimpulses gewesen: Die mitgliedstaatlichen Parteien hätten auch ihre nationalen Wahlkampfstrategien auf das mit den Spitzenkandidaten verknüpfte europäische Wahlprogramm zuschneiden müssen. Darüber hinaus wäre die sprachlich-kulturelle Reichweite der Personaldebatte einfacher zu überwinden gewesen, wenn sich alle Parteien nicht nur auf einen „Star“, sondern auf ein Schattenkabinett mit bis zu 28 KandidatInnen aus allen Ländern verständigt hätten.

Die Europäische Volkspartei (EVP) wählte am 8. November 2018 mit 79 Prozent (492 von 619 gültigen Stimmen) den Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, Manfred Weber, zu ihrem Spitzenkandidaten. 127 Delegierte aus Belgien, Luxemburg, der Niederlande und den nordischen Ländern stimmten dagegen für den ehemaligen finnischen Ministerpräsidenten und Abgeordneten im Europäischen Parlament Alexander Stubb.¹ Das Abstimmungsergebnis dokumentierte den seit Jahren andauernden Streit innerhalb der EVP über die Frage, wie sie mit Mitgliedsparteien des rechtskonservativen und -populistischen Spektrums umgehen soll. Die immerhin 13 von 51 nationalen EVP-Mitgliedspar-

1 EPP Congress Helsinki 2018: Manfred Weber elected as EPP candidate for the President of the European Commission, 2018, abrufbar unter: <https://helsinki2018.epp.eu/manfred-weber-elected-as-epp-candidate-for-the-president-of-the-european-commission/> (letzter Zugriff: 16.10.2019).

teien des Stubb-Lagers waren es schließlich auch, die im März 2019 den Ausschluss der ungarischen Fidesz aus der EVP beantragten² und damit den Rückhalt der Kandidatur Webers sichtbar beeinträchtigten. Auch wenn es Letzterem am 20. März 2019 gelang, den Parteiausschluss der Fidesz in eine Suspendierung der Mitgliedschaft umzuwandeln, führte die öffentliche Debatte hierüber dazu, dass die EVP in der Sache gespalten wahrgenommen wurde. Der ungarische Ministerpräsident Orbán befeuerte dieses Bild bis nach den Europawahlen weiter, indem er fortwährend und offen mit dem Gedanken spielte, die Parteifamilie der EVP zu verlassen, um gemeinsam mit den rechtsradikalen Parteien um die österreichische Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) und die italienische Lega eine rechtsnationale Partei zu bilden. Darüber hinaus unterstrich Orbán immer wieder, dass seine Partei einer Wahl Webers zum Präsidenten der Europäischen Kommission ablehnend gegenüberstehe. Die europäischen Sozialdemokraten nominierten den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, auf ihrem Lissabonner Kongress am 8. Dezember 2018 zu ihrem Spitzenkandidaten per Akklamation.³ Von einem echten Parteitagsvotum sah die Parteiführung ab, nachdem Timmermans Gegenkandidat, der Kommissar Maroš Šefčovič, seine Kandidatur zurückgezogen hatte.⁴ Auch die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) einigten sich am 11. November 2018 per Akklamation darauf, ihren Parteichef Jan Zahradil zum Spitzenkandidaten zu ernennen. Die europäischen Liberalen (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, ALDE) beschlossen dagegen im November 2018 zunächst die Bildung einer gemeinsamen Wahlplattform „Renew Europe“ mit der Partei des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, La République en Marche (LaREM). Da Macron entschiedener Gegner des Spitzenkandidatenmodells war⁵ und unabhängig vom Ausgang der Europawahlen über die Nominierung des Präsidenten der Europäischen Kommission entscheiden wollte, beschloss die auf dem Madrider Parteitag begründete liberale Allianz, mit einem „Team Europe“ ins Rennen der Europawahl zu gehen:⁶ Dieses bestand aus der Generalsekretärin der Freien Demokratischen Partei (FDP), Nicola Beer, der ehemaligen Kommissarin Emma Bonino (Più Europa), der slowenischen Kommissarin Violeta Bulc, der Spitzenkandidatin der ungarischen ALDE-Partei Momentum, Katalin Cseh, dem Spitzenkandidaten der spanischen Ciudadanos, Luis Garicano, dem Fraktionschef der ALDE, Guy Verhofstadt (Belgien), sowie der dänischen Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Erst am Wahlabend des 26. Mai 2019 erklärte sich Vestager dann zur Kandidatin der europäischen Liberalen für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission. Die europäischen Grünen wählten am 24. November 2018 die Europaabgeordneten Ska Keller (Deutschland) und Bas Eickhout (Niederlande) zu ihren SpitzenkandidatInnen, während die in der Fraktionsgemeinschaft mit den Grünen verbundene Europäische Freiheitliche Allianz (EFA) einen der Führer der katalanischen SeparatistInnen, Oriol Junqueras, am

2 Der Standard: EVP-Mitglieder beantragen Ausschluss von Orbáns Fidesz-Partei, 4.3.2019.

3 PES Socialists and Democrats: Lisbon 2018, 8.12.2018, abrufbar unter: <https://www.pes.eu/en/about-us/the-party/congress/lisbon-2018/> (letzter Zugriff: 16.10.2019).

4 Florian Eder: Maroš Šefčovič withdraws from Socialist race for Commission top job, in: Politico, 11.5.2018.

5 Vgl. hierzu Andreas Maurer: Das Europäische Parlament, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2018, Baden-Baden 2018, S. 69-76.

6 David M. Herszenhorn/Maïa de La Baume: Liberals forge plan to break conservative grip on EU, in: Politico, 11.9.2018.

7. März 2019 auf ihr Schild hob.⁷ In der Europäischen Linkspartei wählte das Exekutivkomitee den belgischen Gewerkschafter Nico Cué und die Slowenin Violeta Tomič am 26. Januar 2019 zu „Ko-Spitzenkandidaten“.⁸

Die Personalisierungskampagne der Parteien wurde im Wesentlichen durch im Fernsehen und über Streamingdienste im Internet ausgestrahlte Live-Debatten der Spitzenkandidaten unterfüttert. Den Anfang machten Timmermans, Verhofstadt, Tomic, Zahradil und Eickhout am 29. April 2019 mit einer zweistündigen, von Politico gesendeten Live-Debatte in Maastricht. Am 2. Mai 2019 trafen sich die Spitzenkandidaten zur zweiten Live-Debatte im Rahmen der „State of the Union“-Konferenz des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz. Hier trafen Weber, Timmermans, Verhofstadt und Keller aufeinander. Die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) lud danach Weber und Timmermans in eine Wahlarenasendung am 7. Mai 2019, in der geladene Studiogäste die Gelegenheit hatten, direkt Fragen an die beiden Spitzenkandidaten zu richten. Weber und Timmermans verabredeten sich schließlich auch zu einem vom österreichischen Rundfunk (ORF) und vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) ausgestrahlten Duell am 16. Mai 2019. Zum Schlagabtausch mit der größten europäischen Reichweite produzierte die European Broadcasting Union im Eurovisionsformat am 15. Mai 2019 eine von 28 TV-Sendern⁹ live gesendete Debatte mit Cué, Keller, Zahradil, Vestager, Weber und Timmermans. Bereits während dieser Fernsehduelle machte sich Ernüchterung über die erwünschte Europäisierung des Wahlkampfs breit. Der erhoffte Austausch kontroverser politischer Positionen blieb weitgehend aus. Guy Verhofstadt, eher links zu verortender Vertreter des liberalen Spitzenteams, versuchte zwar energisch Manfred Weber in einen Disput darüber zu locken, auf welch tönernen Füßen dessen EVP und ihre erhoffte Mehrheit im Europäischen Parlament stünde, solange sie rechtspopulistische Parteien wie die Fidesz in ihren Reihen dulde, aber weder griffen Timmermans oder Keller die Allianzangebote zur Polarisierung und Politisierung des Europäischen Parlament durch diskursive Spaltung der EVP auf, noch ging Weber auf die Angriffe substantziell ein.¹⁰

Jenseits der über Internet, Funk und Fernsehen erfolgten Inszenierung des machtpolitischen Konflikts konnte der Wahlkampf europaweit kaum kommuniziert werden. Während das Florentiner Duell gerade einmal 2.700 Tweets unter den Hashtags #SOU2019, #festivaldeuropa, #FlorenceDebate generierte, erzielte die Maastrichter Debatte trotz des Fehlens Webers mit 4.768 Tweets unter dem Hashtag #MaastrichtDebate fast doppelt so viele Reaktionen. Dies hing wohl auch mit der Anwesenheit der KandidatInnen der EKR und der Linken (Jan Zahradil beziehungsweise Violeta Tomič) zusammen, die der Diskussion in Florenz ferngeblieben waren. Die Eurovision-Debatte erreichte schließlich 15.909 einzelne Tweets unter den beiden offiziellen Hashtags #EuroVisionDe-

7 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Spanien“ in diesem Jahrbuch.

8 European Left: Two Candidates from the people for the people, Brussels 2019, abrufbar unter: <https://www.european-left.org/campaigns/two-candidates-from-the-people-for-the-people/> (letzter Zugriff: 16.10.2019).

9 Bei der EBU-Debatte im Mai 2014 schalteten sich immerhin 58 TV-Stationen zu.

10 Wie ernst es dem EVP-Kandidaten um das Spitzenkandidatenmodell war, konnte anlässlich der Maastricht-Debatte beobachtet werden, der Weber mit der Begründung fernblieb, dass er an diesem Tag an den Feierlichkeiten zum achtzigsten Geburtstag des ehemaligen Finanzministers und CSU-Vorsitzenden Theo Waigel teilnehme. Vgl. Lili Bayer/Eline Schaart/Zia Weise: Timmermans and Verhofstadt spar in election debate, in: Politico, 2.5.2019.

bate und #TellEurope.¹¹ Verglichen mit der medialen Aufmerksamkeit, die zum Beispiel die Vorwahlen der US-amerikanischen Parteien im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen erzielen, war der dem Europawahlkampf gewährte Platz in den Medien minimal. Wahlmotivierend wirkten dagegen zwei andere Effekte: Erstens waren die rechtsextremen Parteien Europas in der Lage, mit ihren Anti-EU-Kampagnen die jeweils nationalen Kernwählerschaften für die Beteiligung an der Europawahl erfolgreich zu mobilisieren. Zweitens induzierte die von SchülerInnen und Jugendlichen getragene „Fridays-for-Future“-Bewegung eine massive Jung- beziehungsweise ErstwählerInnenwanderung in das Lager der Europäischen Grünen.

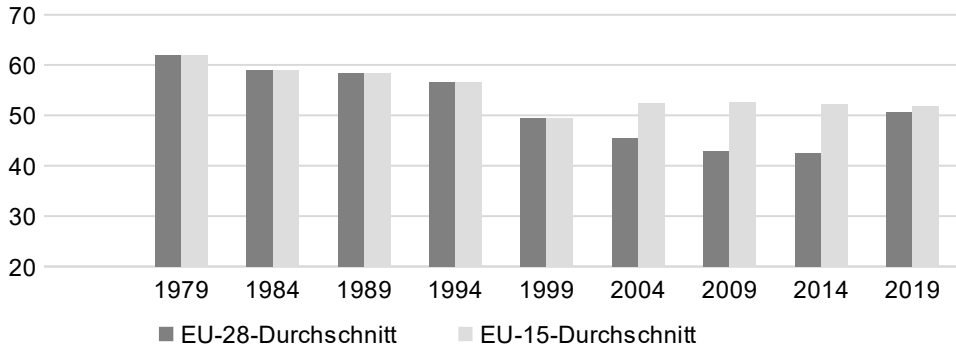
Wahlbeteiligung und -analyse

Die Wahlbeteiligung betrug zur Überraschung vieler BeobachterInnen europaweit 50,6 Prozent. Diese Quote ist die Höchste seit den Wahlen von 1994 und ein bemerkenswerter Anstieg gegenüber 2014 (42,6 Prozent). Die europaweite Zunahme der Wahlbeteiligung spiegelt sich vor allem in 19 Mitgliedstaaten wider, wobei in Polen, Rumänien, Spanien, Österreich, Ungarn und Deutschland große Zuwächse zu verzeichnen waren. In acht Ländern ging die Wahlbeteiligung dagegen zurück, jedoch um nicht mehr als drei Prozentpunkte. Trotz des allgemeinen Anstiegs der Wahlbeteiligung bleiben weiterhin große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten festzustellen, die von 88 Prozent in Belgien bis 23 Prozent in der Slowakei reichen. Obgleich die Wahlbeteiligung in allen Bevölkerungsgruppen höher als 2014 war, wurde der Anstieg im Wesentlichen von der jüngeren Generation angeführt. Die europäische Nachwahlenanalyse dokumentiert einen starken Beteiligungsanstieg¹² bei Menschen unter 25 Jahren (ein Anstieg von 14 Prozentpunkten) und denen zwischen 25 und 39 Jahren (ein Anstieg von 12 Prozentpunkten). Der am häufigsten genannte Grund für die Stimmabgabe war die Wahrnehmung der Wahl als „Bürgerpflicht“ (52 Prozent, ein Anstieg um 11 Prozentpunkte im Vergleich zu 2014). Weitere Wahlmotive waren eine um 11 Punkte gestiegene affektive Zustimmung zur Europäischen Union („Europäische Integration ist eine gute Sache“: 25 Prozent) und die Annahme, dass sich durch die Wahl „etwas ändern kann“ (18 Prozent, ein Anstieg von 6 Prozentpunkten). Die Wahlen zum Europäischen Parlament wurden demnach stärker als zuvor als zentraler Bestandteil des demokratischen Lebens wahrgenommen. Insbesondere bei den jüngeren WählerInnen hat sich zudem die Ansicht verfestigt, dass Wahlen zum Europäischen Parlament „Dinge verändern können“ und dass vom Europäischen Parlament konkrete europäische Lösungen erwartet werden, die einen unmittelbaren Einfluss auf den Alltag der EU-BürgerInnen haben.

11 Francesco Castelli: European Elections 2019: the Spitzenkandidaten debates as seen from Twitter, EuVisions, Centro di Ricerca e Documentazione Luigi Einaudi, Torino, 11.6.2019, abrufbar unter: <http://www.euvisions.eu/europea-elections-2019-spitzenkandidaten-debate-twitter/> (letzter Zugriff: 14.10.2019).

12 Vgl. Julien Zalc/Nicolas Becuwe/Alexandrina Buruian: EP-Eurobarometer 51-5: The 2019 European Elections: Have European Elections entered a new dimension?, 23.9.2019.

Abbildung 1: Beteiligung bei Wahlen zum Europäischen Parlament 1979 bis 2019



Quelle: Eigene Zusammenstellung und Berechnung auf der Grundlage von: European Parliament – DG Communication – Public Opinion Monitoring Unit: Public Opinion Review European Elections 1979–2009, Brussels, March 2014; und den von TNS/Scytl erhobenen Einzeldaten für 2014 und 2019 (<http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html>, <https://europawahlergebnis.eu/>).

Wahlergebnis und Fraktionsbildungen

Von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitierten nicht nur Parteien, die mit europaskeptischen Positionen ihr Wählerreservoir voll ausschöpften, sondern auch die grünen Parteien aus dem explizit integrationsfreundlichen Spektrum. Massive Zugewinne verbuchte ebenso die durch den Zusammenschluss der ALDE mit der „En-Marche-Bewegung“ gebildete liberale „Renew Europe“-Plattform. Die beiden großen europäischen Parteien EVP und die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) wurden bei dieser Europawahl hingegen erneut abgestraft; vor allem in Frankreich und Deutschland, aber auch in Italien oder Griechenland. Die EVP rutschte von 216 auf 182 Sitze ab, bleibt aber stärkste Fraktion vor der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D), deren Größe von 184 auf 154 Sitze sank. Dagegen gewann „Renew Europe“ (RE) 39 Sitze und die Grünen/EFA 32 Sitze hinzu. Die rechtsextreme Fraktion Identität und Demokratie (ID) verdoppelte ihre Sitzzahl auf 73.

Aufgrund der Auflösung der europaskeptischen Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) vergrößerte sich auch das Lager der Fraktionslosen mit Parteien wie der britischen Brexit-Party (29 Sitze) und der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung (14 Sitze). Unter dem Strich nehmen in der 2019 angelaufenen Wahlperiode die Fraktion der Europäischen Konservativen Reformier (EKR), die RE- und die Grüne Fraktion eine Schlüsselfunktion bei der Bildung von Mehrheiten ein, wenn das Parlament auf eine qualifizierte Mehrheit der Abgeordneten angewiesen ist. Denn erstmals in der Geschichte des direkt gewählten Europäischen Parlaments verfügen EVP-Fraktion und S&D-Fraktion nicht mehr über eine Mehrheit zur Bildung einer großen Koalition. Ihnen fehlen gut fünf Prozentpunkte, so dass sie künftig auf mindestens eine der anderen Fraktionen angewiesen sind. Will sie nicht mit der S&D stimmen, ist die EVP gezwungen, mit der EKR, der RE und den Grünen oder der ID eine Mitte-Rechts-Koalition zu bilden. Umgekehrt wird es für die S&D ebenfalls schwierig, ohne die EVP mit Grünen, Liberalen und Linken eine hauchdünne Mehrheit von nur einem Sitz über der Schwelle von 376 Abgeordneten (50,34 Prozent) zu bilden.

Abbildung 2: Zusammensetzung des Europäischen Parlaments 2014 und 2019

	EVP	S&D	ALDE / RE	EKR	Grüne / EFA	KVEL / NGL	EFDD	ENF / ID	Frakti- onslos
01.06.2014 (erste EP-Sitzung)	220	191	68	70	50	52	48	0	52
01.05.2019 (letzte EP-Sitzung)	216	184	69	77	52	52	42	36	20
01.07.2019 (erste EP-Sitzung)	182	154	108	62	74	41	0	73	57
Gewinne und Verluste 2009/2014	-54	-4	-15	13	-8	17	17	36	19
Gewinne und Verluste 2014/2019	-34	-30	39	-15	22	-11	-42	37	37

Quelle: Eigene Darstellung; Legende: EVP – Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), S&D – Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten, ALDE – Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europas, RE: Renew Europe, KVEL/NGL – Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, GRÜNE/EFA – Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz, EKR – Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten, EFDD – Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (2014–2019), ENF – Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (2014–2019), ID – Fraktion Identität und Demokratie, FL – Fraktionslos.

Und selbst bei den rechnerisch möglichen Dreierbündnissen ist eine den Rat der Europäischen Union oder die Europäische Kommission beeindruckende, komfortable Mehrheit nicht ohne weiteres gegeben: Subtrahiert man von der EVP-Fraktion alleine die Zahl derjenigen Abgeordneten, die sich für den Ausschluss der ungarischen Fidesz aus der Fraktion eingesetzt haben (minus 16) oder umgekehrt die europakritischen Hardliner Fidesz und Forza Italia (minus 16), dann wird schnell deutlich, wie knapp die Mehrheit um die von EVP und S&D gebildete Dreierkoalition wird. Wie schwierig sich die Bildung strategischer Allianzen mit drei und mehr Fraktionen gestaltet, führte das frisch gewählte Europäische Parlament im Juni und Juli 2019 eindrucksvoll vor: Da EVP und S&D ihre gemeinsame Mehrheit verloren hatten, wollte Manfred Weber mit S&D, Liberalen und Grünen eine Koalitionsvereinbarung aushandeln, um auf dieser Grundlage den Europäischen Rat vom 20. und 21. Juni mit einer gemeinsamen Parlamentslinie zur Frage der Führung der neuen Europäischen Kommission unter Druck zu setzen. Bekanntlich stellte sich im Europäischen Rat vor allem Frankreichs Präsident Macron gegen Weber. Neben Macron, der Weber die fachliche Eignung absprach, wollten auch die Regierungschefs aus Spanien, Portugal, Belgien und den Niederlanden die Dominanz der EVP an der Kommissionsspitze aufbrechen. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments verhandelten daher in fünf fachpolitischen Arbeitsgruppen inhaltliche Gemeinsamkeiten. Während sich die Arbeitsgruppe zu Fragen der Außenpolitik auf gemeinsame Linien einigen konnte, blieben entsprechend positive Signale aus den anderen Gruppen aus. Vor dem Hintergrund eines weithin unentschiedenen Europäischen Parlaments war nachvollziehbar, dass sich diejenigen Staats- und Regierungschefs, die prinzipiell gegen das Spitzenkandidatenmodell und Manfred Weber im Besonderen waren, auf dem Sondergipfel des Europäischen Rates vom 1. und 2. Juli 2019 durchsetzten und die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission nominierten.

Abbildung 3: Alternative Koalitionsmöglichkeiten 2019–2024 im Vergleich zu 2014–2019

2019–2024			
„Mitte-Links“	Kumulative Koalitionsstärke	„Mitte-Rechts“	Kumulative Koalitionsstärke
S&D	20,51	EVP	24,23
+ Grüne	30,50	+ EKR	32,49
+ RE	44,88	+ RE	46,87
50 Prozent und mehr			
+ KVEL/NGL	50,34	+ Grüne	56,86
2014–2019			
„Mitte-Links“	Kumulative Koalitionsstärke	„Mitte-Rechts“	Kumulative Koalitionsstärke
S&D	25,43 Prozent	EVP	29,29 Prozent
+ Grüne	32,09 Prozent	+ EKR	38,62 Prozent
+ ALDE	41,15 Prozent	+ALDE	47,67 Prozent
+ KVEL/NGL	48,07 Prozent		
50 Prozent und mehr			
+ EKR	57,39 Prozent	+ Grüne	54,33 Prozent

Quelle: Eigene Berechnung nach Andreas Maurer 2002 und Andreas Maurer: Parlamente in der EU, Stuttgart/Wien 2012.

Ausblick auf das neue Europäische Parlament

Zu Fraktionsvorsitzenden wählte die EVP den deutschen Abgeordneten der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) Manfred Weber. Iratxe García Pérez von der spanischen Partido Socialista Obrero Español (PSOE) wurde Vorsitzende der S&D-Fraktion. Die RE-Fraktion wählte den rumänischen Abgeordneten Dacian Ciolos, die EKR-Fraktion den Polen Ryszard Legutko (Recht und Gerechtigkeit, PIS) und den Italiener Raffaele Fitto (Fratelli d'Italia), die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (KVEL/NGL) die Französin Manon Aubry (France Insoumise) und den Deutschen Martin Schirdewan (Die Linke), die Grünen Ska Keller (Deutschland) und Philippe Lamberts (De Groen, Belgien) und die ID den Italiener Marco Zanni (Lega) zu ihren Vorsitzenden.

Zur Wahl des Parlamentspräsidenten kandidierten am 3. Juli 2019 Ska Keller, Sira Rego (Izquierda Unida, Spanien), David Maria Sassoli (Partito Democratico, Italien) und Jan Zahradil (Občanská demokratická strana, Tschechische Republik). In einem ersten Wahlgang entfielen auf Keller 133, Rego 42, Sassoli 325 und Zahradil 162 Stimmen. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit (332) erreichte, war ein zweiter Wahlgang erforderlich. Hierbei entfielen auf Keller 119, Rego 43, Sassoli 345 und Zahradil 160 Stimmen. Als frisch gewählter Präsident des Europäischen Parlaments führte Sassoli anschließend durch die Wahl der Vizepräsidenten.

Abbildung 4: Vizepräsidenten zu Beginn der 9. Legislaturperiode (2019–2024)

1. Mairead McGuinness (EVP, IE)	618 Stimmen, 1. Wahlgang
2. Pedro Silva Pereira (S&D, PT)	556 Stimmen, 1. Wahlgang
3. Rainer Wieland (EVP, DE)	516 Stimmen, 1. Wahlgang
4. Katarina Barley (S&D, DE)	516 Stimmen, 1. Wahlgang
5. Othmar Karas (EVP, AT)	477 Stimmen, 1. Wahlgang
6. Ewa Bożena Kopacz (EVP, PL)	461 Stimmen, 1. Wahlgang
7. Klara Dobrev (S&D, HU)	402 Stimmen, 1. Wahlgang
8. Dita Charanzova (RE, CZ)	395 Stimmen, 1. Wahlgang
9. Nicola Beer (RE, DE)	363 Stimmen, 1. Wahlgang
10. Livia Jaroka (EVP, HU)	349 Stimmen, 1. Wahlgang
11. Heidi Hautala (Grüne/EFA, SF)	336 Stimmen, 1. Wahlgang
12. Marcel Kolaja (Grüne/EFA, CZ)	426 Stimmen, 2. Wahlgang
13. Dimitrios Papadimoulis (KVEL/NGL, EL)	401 Stimmen, 2. Wahlgang
14. Massimo Castaldo (FL, IT)	248 Stimmen, 3. Wahlgang

Quelle: Eigene Darstellung.

Die KandidatInnen der rechtsextremen ID-Fraktion, die Finnn Laura Huhtasaari (Wahre Finnen) und Mara Bizotto (Lega) aus Italien, scheiterten in allen Wahlgängen. Deutete die Wahl des Präsidiums noch darauf hin, dass auch ein stärker fragmentiertes Europäisches Parlament in der Lage ist, seine Steuerungs- und Führungsgremien weitgehend konfliktfrei zu besetzen, wurde die anschließende Wahl der Ausschussvorsitzenden zu einer Hängepartie, die sich bis in den Herbst 2019 hinzog. So konnte sich der Ausschuss für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten bei seinen ersten beiden Sitzungen nicht auf Vorsitzende verständigen, da die ehemalige polnische Regierungschefin Beata Szydło (PiS) keine Mehrheit fand. Erst nachdem die EKR-Fraktion auf Szydło verzichtete und stattdessen Lucia Ďuriš Nicholsonová (Freiheit und Solidarität, Slowakei) vorschlug, wurde diese mehrheitlich gewählt und die Vizepräsidenten per Akklamation bestätigt. Der Auswärtige Ausschuss hatte im Oktober 2019 nur einen Vizevorsitzenden und konnte sich nicht auf weitere Kandidaten verständigen. Andererseits ist bemerkenswert, dass es der rechtsextremen ID nicht gelungen ist, einen ihrer KandidatInnen für die Ausschusspräsidien wählen zu lassen.

Abbildung 5: Ausschussvorsitzende des Europäischen Parlaments, 2019–2024

Ausschuss	Abk.	Mitgl.	Vorsitz	Fraktion	Land
Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten	AFET	71	David McAllister	EVP	DE
– Unterausschuss für Menschenrechte	DROI	30	Maria Arena	S&D	BE
– Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung	SEDE	30	Nathalie Loiseau	RE	FR
Ausschuss für Entwicklung	DEVE	26 (30)	Thomas Tobé	EVP	SE
Ausschuss für internationalen Handel	INTA	41	Bernd Lange	S&D	DE
Ausschuss für den Haushalt	BUDG	41	Johan van Overtveldt	EKR	BE
Ausschuss für Haushaltskontrolle	CONT	30	Monika Hohlmeier	EVP	DE
Ausschuss für Wirtschaft und Währung	ECON	60 (50)	Irene Tinagli	S&D	IT
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	EMPL	55	Lucia Duris Nicholsonova	EKR	SK
Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit	ENVI	76 (68)	Pascal Canfin	RE	FR
Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie	ITRE	72 (67)	Adina-Ioana Valean	EVP	RO
Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz	IMCO	45 (40)	Petra de Sutter	Grüne	BE
Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr	TRAN	49 (50)	Karima Delli	Grüne	FR
Ausschuss für regionale Entwicklung	REGI	43	Younous Omarjee	KVEL/ NGL	FR
Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	AGRI	48 (45)	Norbert Lins	EVP	DE
Ausschuss für Fischerei	PECH	28 (24)	Chris Davies	RE	UK
Ausschuss für Kultur und Bildung	CULT	31	Sabine Verheyen	EVP	DE
Ausschuss für Recht	JURI	25	Lucy Nethsingha	RE	UK
Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	LIBE	68 (59)	Juan Fernando Lopez Aguilar	S&D	ES
Ausschuss für konstitutionelle Fragen	AFCO	28 (25)	Antonio Tajani	EVP	IT
Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter	FEMM	35	Evelyn Regner	S&D	AT
Ausschuss für Petitionen	PETI	35 (34)	Dolors Montserrat	EVP	ES

Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage des Protokolls der Sitzung vom 4. Juli 2019, Minutes, Thursday, 4 July 2019 – Strasbourg, Final edition, Annex 1 – Composition of committees. Die Zahlen in Klammern geben die Ausschussstärke in der 8. Legislaturperiode an.

Betrachtet man die Zusammensetzung der verschiedenen Organisations- und Führungsgremien des Europäischen Parlaments als Versuch, die parteipolitischen Gewichte auszubalancieren, dann fällt auf, dass im Präsidium (Präsident des Europäischen Parlaments und Vizepräsidenten), dem formal höchsten Entscheidungsgremium des Parlaments, weder die EVP noch die S&D über einen besonderen Vorteil verfügen. Den Ausschlag werden somit immer die Vertreter der kleineren Fraktionen geben. In der Konferenz der Ausschussvorsitzenden, die die Entscheidungen der Konferenz der Präsidenten (Präsident des Europäischen Parlaments und Fraktionsvorsitzende) vorbereitet und Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ausschüs-

sen klärt, verfügen EVP und EKR mit neun Abgeordneten dagegen über eine Stimme mehr als die S&D, die Grünen und die KVEL/NGL. Auch hier wird deutlich, über welchen Stellenwert die RE-Fraktion verfügt; denn letztlich sind ihre vier Vertreter mehrheitsbildend, wenn EVP und S&D gegeneinanderstehen.

Das stärker fragmentierte, in der Sache unentschiedene Europäische Parlament hat das Tauziehen mit dem Europäischen Rat um die Wahl der Spitze der Europäischen Kommission verloren. Da sich die Abgeordneten nicht auf einen Kandidaten einigen konnten, mussten die Staatschefs das Nominierungsprozedere in die Hand nehmen und den Posten unter sich ausmachen. Das Konzept der SpitzenkandidatInnen ist damit solange vom Tisch, wie das Europäische Parlament nicht in der Lage ist, strategische Gestaltungsmehrheiten in interinstitutionellen Machtfragen zu generieren. Auch in der nun angelaufenen Legislaturperiode wird die in den Mitgliedstaaten bekannte Konfliktkonstellation zwischen Mehrheit und Opposition im Europäischen Parlament empirisch nicht verfügbar sein. Erstens gibt es keine mit der Parlamentsmehrheit verwobene Regierung (Europäische Kommission oder Europäischer Rat), die es auf der Grundlage parteipolitischer Erwägungen zu stützen beziehungsweise zu kontrollieren gäbe. Zweitens bleiben das Parteienspektrum und die Wahlpräferenzen der BürgerInnen im EU-Rahmen derart weit ausdifferenziert, dass eine eindeutig lager(ab)bildende, absolute Mehrheit im Europäischen Parlament kaum möglich ist. Drittens führt der interinstitutionelle Konflikt zwischen Europäischem Parlament und Europäischem Rat aufgrund primärrechtlicher Vorgaben dazu, dass das „buntere“ Europäische Parlament seine Fähigkeit einzubüßen droht, Änderungsanträge im Gesetzgebungsverfahren mit übergroßen Mehrheiten zu verabschieden. Schwache Mehrheiten des Europäischen Parlaments werden somit seitens des Rates häufiger als bisher als Steilvorlagen zur Durchsetzung der eigenen, unter den Staaten akkordierten Position genutzt.

Weiterführende Literatur

- Gijs Jan Brandsma: Transparency of EU informal trilogues through public feedback in the European Parliament: promise unfulfilled, in: *Journal of European Public Policy*, 10/2019, S. 1464–483.
- Edoardo Bressanelli/Nicola Chelotti/Wilhelm Lehmann: Negotiating Brexit: the European Parliament between participation and influence, in: *Journal of European Integration*, 3/2019, S. 347–363.
- Sergio Fabbrini: Between power and influence: the European Parliament in a dual constitutional regime, in: *Journal of European Integration*, 3/2019, S. 417–428.
- Adrienne Héritier/Katharina Meissner/Catherine Moury/Magnus G. Schoeller: *European Parliament Ascendant. Parliamentary Strategies of Self-Empowerment in the EU*, Basingstoke/London 2018.
- Sarah Hobolt: European Elections 2019: A More Fragmented Parliament, in: *Political Insight* 3/2019, S. 16–19.
- Andreas Maurer/Michael Wolf: Agenda-Shaping in the European Parliament and European Commission's right of legislative initiative, in: Jörn Ege/Michael Bauer/Stephan Becker (Hrsg.): *The European Commission in Turbulent Times – Assessing Organizational Change and Policy Impact*, Baden-Baden 2018, S. 53–84.
- Ariadna Ripoll Servent/Lara Panning: Eurosceptics in trilogue settings: interest formation and contestation in the European Parliament, in: *West European Politics*, 4/2019, S. 755–775.